

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jonny Michow.*
Wien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 27. Juni 1919. No 267.

Abgeordneter Stadtdirektor Dr. Goldemann über den Friedensvertrag von St. Germain.

Grundgebung des Oesterr. Ingenieur- und Architektenvereines zum Friedensvertrag. Nächsten Montag, 30. d.M., 6 Uhr abends findet im grossen Saale des Vereineshauses (1. Eschenbachgasse 9) eine ausserordentliche Vollversammlung des Oesterr. Ingenieur- und Architekten Vereines statt, in welcher der Präsident, Abgeordneter und Stadtdirektor Er. Heinrich Goldemann über die technisch wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages von St. Germain referieren wird.

Neue Braunkohlenpreise. Ab 1. Juli erfährt die Fracht auf tschechoslovakischen Gebiet durchschnittlich eine 100 %ige Erhöhung. Infolge der in letzter Zeit aufgetretenen Erhöhung der Löhne und Gehalte ergibt sich eine wesentliche Steigerung der Region. Diese Umstände machen eine Erhöhung der Preise für Braunkohle notwendig. Der Stadtrat hat daher beschlossen, dass die Braunkohlenpreise ab 29. Juli wie folgt erhöht werden: Waggonweiser Verkauf ohne Fracht K 8.70, fuhrweiser und Detailverkauf K 20.-, ungegitterter Braunkohlengriess K 18.- und gegitterter Braunkohlengriess K 16.50 per Zentner.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Schmid wurde die Schaffung eines Zementvorrates für dringende Erhaltungsarbeiten an städtischen Anlagen im Kostenbetrage von 12.000 Kronen genehmigt. - Für die Anschaffung und Einrichtung eines Schiffes für die Unratsabfuhr an der Donaulände wurde nach einem Berichte desselben Referenten ein Betrag von 26.000 Kronen genehmigt. -

Wiener Gemeinderat.

Sitzung, am 27. Juni 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und verliest den Spendeneinlauf. Gespendet haben: Frau Anna Manthner 2500 Kronen zum Zwecke der Entsendung von Kindern in die Kinderheilstätten der Gemeinde Wien. Aus Anlass der Verleihung des Bürgerrechtes sind für die Armen des Bezirkes Rudolfsheim folgende Spenden eingelaufen: Benedikt Rusy 100 Kronen, Franz Falt 200 K, Leopold Schober 400 K, Johann Blaha 100 K, und Franz Matouschek 100 K.

Hierauf wird die Debatte über den Hauptvoranschlag fortgesetzt.

GR. Schmitz: Im bisherigen Verlaufe der Debatte hat es sich gezeigt, wie eng verknüpft die Fragen der Gemeindevverwaltung mit den Fragen der Weltanschauungen sind. Dies hat sich in einzelnen Aeusserungen gezeigt, wie in dem hässlichen Wort, des Vize-Bgm. Winter vom „Klostersuppegeist“ um vor allen in der sachlichen Begründung für diesen inneren Zusammenhag, da ja die Gemeinde bedeutenden Einfluss zu nehmen hat, auf die Tätigkeit der einzelnen Schulbehörden. Die Schule aber und die Frage der Volksjugenderziehung kann nicht losgelöst werden von der Frage der Weltanschauung. Deshalb will ich in grossen Strichen die Grundlinien der Weltanschauung kennzeichnen. Sie steuert zwischen den beiden im abgelaufenen Jahrhundert sich bekämpfenden Prinzipien, von denen das eine im übertriebenen Individualismus der liberalen Politik zu suchen ist, während ich das andere das der unversöhnlichen Masse nennen will. Unsere Weltanschauung bildet sich aus der goldenen Mittelstrasse zwischen diesen beiden Prinzipien und beruht vollständig auf der Lehre des Christentums. Hier lernt der einzelne die Eingliederung in die Gesellschaft und in die Ordnung. Auf die Familie baut sich die Klasse, die Gemeinde und der Beruf auf. Deshalb ist es eine wesentliche Folgerung unseres Programms für die Familie und das Familienleben die grösstmögliche Förderung zu besorgen. Dies ist

besonders notwendig bei den Aufgaben der Gemeinde bezüglich der Wohnungsreform. Die Wohnungsaufwandssteuer, die eine Frage der Zeit geworden ist, ist daher nicht nach der Wohnungsgrösse, auch nicht nach der Zinshöhe zu berechnen, sondern muss ermittelt werden, aus der Anzahl der einzelnen Familienmitglieder und der Wohnungsgrösse. Schutz und Förderung des Familienlebens muss auch der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden, so beispielsweise bei der Besoldung der Angestellten. Ein Teil der Besoldung wird in Naturalien erfolgen müssen, wie beispielsweise unsere Partei es begonnen hat mit der Beschaffung von Monturen und Schuhen. Aber auch hier muss Rücksicht auf die Familie genommen werden, wie dies schon bei der Abstufung der Teuerungszulagen nach dem Stand der Familienmitglieder geschehen ist. Auch die Wohlfahrtspflege ist nach der Familie einzurichten. Kasernenmässige Anstalten müssen vermieden werden, denn diese zerstören die Familie ohne sie wieder aufbauen zu können. Wenn vom Herrn Vize-Bgm. Winter von der Reform des Wohlfahrtswesens gesprochen wurde, so erklären wir uns bereit mitzuhelfen nach unseren Prinzipien. Herr V.-Bgm. Emmerling ist mit starken Worten für die weitgehende Autonomie der Gemeinde eingetreten. Ich freue mich darüber und erkläre, dass es unsere Partei gewesen ist, die sich stets für dieselbe eingesetzt hat und bei Gefährdung derselben einigemal stark gekämpft hat. Unsere ganze Kulturauffassung geht aus der religiösen Heberzeugung hervor. Nach unserer Weltanschauung ist die Religion eine sozialkulturelle Notwendigkeit. Wir sehen in den 10 Geboten und in der christlichen Religion die Grundlage für jede Ordnung. In Budapest mag es wohl anders sein, aber wie die Dinge dort stehen, ist von einer Ordnung in unserem Sinne nicht zu sprechen. Die Trägerin der Religion ist die Kirche und wer diese schmäht, trifft die Religion. Wir lehnen alle Vorschläge, die sich gegen die Kirche richten, ab, als Vorstösse gegen die Religion. Die Sozialdemokraten, die die Religion als Privatsache bezeichnen, enthalten sich trotz ihrer Meinung aber nicht des Kampfes gegen die Religion. Dies sieht man in ihrem boshaften und höhnischen Anträgen. Wenn man in der Gruppe 10 die Post von 23.000 K für die ehrwürdige Sitte der Frohnleichnamsprozession streicht und auf der anderen Seite 50.000 K für die Vorstudien für ein Krematorium bewilligt, so tritt man die grosse Menge, die an dieser alten Sitte hängt, mit Füssen, während man auf der anderen Seite für einige 1000 Anhänger der Leichenverbrenner einen doppelt hohen Betrag übrig hat. Daraus, aus diesen Vorgängen spricht nicht das Prinzip des Sparens, sondern der Religion-gegenwärtige Geist der Sozialdemokraten. Der Streichungsantrag gibt aber Anlass einige Fragen aufzuwerfen. Es ist auffallend, denn die Sozialdemokraten machen sonst nicht so taktische Dumheiten. Ist der Antrag vielleicht zurückzuführen auf einen Befehl des Arbeiterrates? Das hiesse eine Nebenregierung bilden. Es kann Ihnen selbst noch zuwider werden, dass Sie sich nun von einer unkontrollierbaren Stelle Ihre Befehle holen müssen und gebunden sind, das zu befolgen, was Ihnen von dieser Seite befohlen wird. Es kann aber auch sein, dass der Antrag dieser auf die Darlegungen des „Abend“ zurückzuführen ist.

Der ehemalige kaiserliche Rat Kohn Colbert ist einrecht unangenehmer Herr für Sie geworden. Vielleicht war es notwendig, eine Verbeugung zu machen, damit der kaiserliche Rat Kohn Colbert beruhigt ist, denn er hat schon einmal gefragt Wo sind denn die Kulturkämpfe? Und jetzt bekommt er die Antwort: „Nun, da bin ich!“ (Heiterkeit) So stark sie an Zahl Organisation und vielleicht auch an Geld sind, innere Stärke beweist ein solches Verhalten nicht. Diese innere Schwäche ist darauf zurückzuführen, dass der Sozialismus als Weltanschauung versagt hat.

Wenn in der Debatte wiederholt der deutsche Charakter Wiens bezweifelt worden ist unter dem vielsagenden Schweigen der Mehrheit, so stelle ich fest, dass wir gerade aus dem organischen Empfinden und aus dem Urteil der sozialen Bildungen heraus an dem deutschen Charakter der Stadt festhalten und nie daran rütteln lassen (Beifall). Es hat da die Sozialdemokratie eine schwere Verfehlung begangen, als sie wohl nur als Wahlmanöver die Erwerbung der Staatsbürgerschaft und damit des Wahlrechtes derart erleichterte, dass eine wahre Ueberprüfung der Staatsbürgerschaftsbildung gefehlt hat. Es ist das das natürliche Recht der Nation, die hier bodenständig ist und seit Jahrhunderten die hohen Kulturwerte geschaffen hat. Wir geben der Nation nicht das Recht zum Chauvinismus, ebensowenig wie wir dem Staate das Recht der Omnipotenz einräumen. Wir wollen gegen den Staat das Recht der Persönlichkeit und Selbstverwaltung hochhalten.

Unser Antisemitismus ist eine Abwehrbewegung gegen eine nach unserer Auffassung kulturell ausserordentlich gefährliche und innerlich unberechtigte Erscheinung. Sie wendet sich dagegen, dass Angehörige eines andern Volkes einer anderen Rasse sich als Deutsche geben und da im Namen des Pseudos Deutschtum eine Kultur schaffen, die keine deutsche, aber auch keine jüdische mehr ist. Wenn das Judentum sich über unsere antisemitische Haltung beschwert, so verweise ich darauf, dass der Antisemitismus gegen die Assimilationsjüden durch die Erfahrungen in Ungarn erst recht bestärkt wurde. Die Magjaren werden an ihrem eigenen Leibe bestraft, dass sie nicht rechtzeitig die nötige innere Kraft aufgebracht haben, um den Fremdkörper zu entfernen. Wenn das Judentum sich als Nation bekennt und aus der unangenehmen Rolle des Krankheitserregers in die Rolle der nationalen Minderheit übertritt, so wird ihm niemand die gebührenden Rechte und Pflichten vorenthalten.

Wir halten dafür, dass die Schulreform durch den bekannten Erlass Glückel bezüglich der religiösen Übungen äusserst unglücklich eingeleitet worden ist, denn damit hat Glückel selbst der ganzen Reform einen gehässigen antireligiösen Charakter aufgepresst. Der Erlass ist gegen das Gesetz. Er hebt ausdrückliche Bestimmungen des Gesetzes auf. Wohin kommt es mit der Sicherheit des Rechtes, wenn irgend ein Minister die Macht hat, durch irgend einen Erlass rechtsgültige Gesetze ausser Kraft zu setzen.

Sie treten die Herrschaft an in einer Zeit, wo bereits viele Schulen gebaut sind, sie streichen aber Schulbauten mit Ausnahme von zwei Schulen im 10. Bezirk.

GR. Vaugoin: Bezirksmeierei!

GR. Schmitz: Das Streben nach der Einheitsschule ist ein vergebliches Bemühen, ein sich Anklammern an reichsdeutsche Verhältnisse. Wir haben die Einheitsschule in der Form der Volksschule und wenn es sich darum handeln würde, den wirklich begabten den Weg frei zu machen zur höheren Bildungsstufe, so gibt es kein Bedenken. Aber begabten Schulen, in die nur die Begabten gehen sollen, wenn die minderbegabten der manuellen Arbeit zugeführt werden sollen, dagegen gibt es Bedenken. Begabung ist auch für die manuelle Arbeit notwendig. Die Lehrerschaft hat alle Ursache, das System, das man jetzt anwendet, in ihrem eigenen Interesse abzulehnen. Der Lehrer darf nicht gezwungen werden, eine Qualifikation zu machen und noch weniger eine geheime Qualifikation zu machen. Unser Ideal ist die konfessionelle Schule und das stehen wir nicht allein. Die Zukunft, die uns nach den 5 Jahren Krieg bevorsteht braucht ein Volk, das gefestigt ist und Seelenkraft hat und gläubig ist. Und darum werden wir uns bemühen, unser christlichsoziales Programm zur Wahrheit zu machen. (Lebhafter Beifall)

Ich habe in Krausflay von der Schädigung von Geschäftsleuten gelesen, welche noch eine Menge von Büchern und Lehrmittel auf Lager haben. Dieser Schaden liesse sich durch ein entsprechendes Übereinkommen mit der Gemeinde leicht beheben, ^{dem} der Unterschied zwischen arm und reich in der Schule muss aufgehoben werden. Die nächste Sache, die ich besprechen will, sind die Schulbüchereien, die sich in einem Zustand befinden, der dringender Abhilfe bedarf. Bei dieser Gelegenheit will ich ^{noch} darauf verweisen, dass bei Neuanschaffungen in Einkunft eine andere Auswahl getroffen werden muss. Während des Krieges wurde eine Revision vorgenommen, um festzustellen, ob sich in den vorhandenen Büchern nicht etwas befindet, was unsere damaligen Feinde in ein günstiges Licht setzt und alles dieses wurde aus der Schulbibliothek entfernt. In den heutigen Bibliotheken sind ^{schon auf dem} viele Bücher enthalten, die unserer jetzigen Verfassung nicht mehr entsprechen, im Uebrigen hat sich ein Vorredner aus meiner Partei mit diesem Thema genügend beschäftigt. Wichtig wäre es auch, die Berichte der Schulärzte aus dem XIV. und XV. Bezirk einzufordern und Schulärzte für alle Bezirke zu bestellen. ^{Die} die Schulzahn-pflege ist ein äusserst wichtiges Kapitel. Weiters kommt noch eine Sache in Frage, die zwar kleinlich erscheint, aber doch eine fachgemässe Behandlung verlangt, nämlich die Entlausungsstelle. Die Verlausung reicht heute ^{in vielen} Kreise der Bevölkerung. Die Schulärzte haben ^{unmittelbar} festgestellt, dass die Kopfläuse Krankheiten übertragen. So wurde in meiner Schule ein Fall einer Augenkrankheit festgestellt, der durch Übertragung durch eine Kopflaus verursacht wurde. Viele Kinder ^{haben} Verlausung in Schweden und in ^{der} Schweiz nicht einreisen. Und weil eben es in armen Familien an den Mitteln zur Entlausung fehlt, so müssen deren Kinder einer öffentlichen Entlausung zugeführt werden. Auch eine Aufklärung der Eltern ist notwendig, da die Mütter für die Zöpfe ihrer ^{Wärter} zittern. Die Ausspeisung wird leider nicht von uns, sondern von anderen besorgt, und so sehr wir den Amerikanern dafür danken, so tief müssen wir es bedauern, dass wir nicht im Stande sind, unsere Kinder selbst anzuspiesen.

Wenn VB. Hoss wünschte, wir sollen für die Angestellten die Lebensmitteln beschaffen, so ersuchen wir ihn, er solle uns die Wege zeigen, wie wir zu billigen Lebensmitteln kommen. Die Herren haben ja Verbindungen mit den Bauern durch ihre Partei und diese sollen ihnen die Lebensmittel liefern. Zu Schleichhändlerpreisen haben ja die Länder immer noch Ware, folglich müssen sie auch zu normalen Preisen welche haben.

Mit dem Herrn GR. Schmitz kann ich mich hier infolge Zeitmangels über die Schulreform nicht auseinandersetzen. Aber die Fachleute im Ministerium werden schon, wenn er wünscht, die nötigen Aufklärungen geben. Bei dem Begabungsproblem handelt es sich nicht darum, die befähigten Kinder den Univeritäten zuzuführen, sondern man muss die Kinder herausfinden, und dorthin führen, wo das Feld ihrer Begabung liegt. Es handelt sich aber auch weiters ^{um} normal begabte Kinder, die ^{in der} Schule zurückgeblieben sind und hier muss durch Herabsetzung der Schülerzahl, durch moderne Unterrichtsprinzipien Abhilfe geschaffen werden. Das wichtigste Problem ist jedoch jenes der Mindestbegabten. Die Kinder, die sozusagen körperlich und geistig unterernährt sind, sollen künstlich aufgepeppt werden. Dies hat zu geschehen durch Nachhilfe in der schulfreien Zeit von Lehrern, die im Dienste der Gemeinde Wien stehen. Was die religiösen Übungen anbelangt, so wurden nicht diese abgeschafft, sondern der Zwang ^{zu} religiösen Übungen. Wenn es den Eltern beliebt, können sie ^{so} bis jetzt ihre Kinder an den religiösen Übungen teilnehmen lassen. Was die Qualifikation anbelangt, so möchte ich Sie nur bitten, die Mitgliederzahl des Vereines der Lehrer- und Schulfreunde nachzuzählen und das Abflauen der Konjunktur zu konstatieren. Die bei Ihnen bleiben, das sind Ihre überzeugten Anhänger, die von Ihnen davon laufen, das waren diejenigen, die dem Zwange gefolgt sind. Die beste Kritik für die Schulpolitik der Christlichsozialen ist es, dass nach 25 jähriger Wirtschaft in der Gemeinde diese Forderungen noch immer erhoben werden müssen.

Die Gemeinde wird sich auch mit dem Tagesunterricht der Lehrlinge und dem Nachhilfunterricht der Minderbegabten befassen müssen. Die Gemeinde ist verpflichtet, an der Spitze einer Schulreform zu marschieren, alles für ihre Kinder zu tun in der Erkenntnis, dass aus diesen Kindern die Zukunft Wiens erwächst und diese arme Stadt nur gedeihen kann, wenn wir alle Tüchtigen herausfinden. Eine Schule, die eine moderne Schule sein wird, muss auch dem Lehrstande entsprechend entgegenkommen. Es wird Aufgabe unserer Partei sein, diesen Lehrstand von jedem Gewissenszwang frei zu halten. Ich würde es sehr bedauern, wenn ein christlichsozialer Lehrer für seine Überzeugung gemassregelt würde, so wie unsere Lehrer gemassregelt worden sind, weil sie eine andere Überzeugung gehabt haben, als sie Ihnen genehm war. Ich würde bedauern, wenn wir in diesen Fehler verfallen würden. Unsere Partei ist auch sofort als sie einen massgebenden Einfluss bekommen hat, an eine ausgiebige Gehaltsregulierung geschritten. Die Gemeinde Wien wird den Kindern gewiss geben, was sie brauchen und sorgen, dass die Kinder tüchtige brauchbare Menschen werden zu unserer Freude und zum Nutzen für unsere Gemeinde. (Lebhafter Beifall links)

Ueber Antrag des GR. Dr. Danneberg wird Schluss der Debatte genehmigt.

GR. Dr. Alma Seitz: Die Schule und die Fürsorge gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinde. Wir müssen es bedauern, dass Gelder ausgegeben werden für die Errichtung eines Krematoriums, dass Posten gestrichen werden mussten für die Erbauung einer Volksschule in Simmering und eines Kindergartens in Floridsdorf. Wenn Sie unsere Partei vorhalten, dass sie zu wenig Schulen errichtet hat, so erheben wir jetzt denselben Vorwurf gegen Sie. Auf dem richtigen Wege zur Erziehung der Jugend müssen die Familie, die Schule und die Fürsorge zusammenarbeiten, dass Ziel der Erziehung ist aber immer die Entfaltung des Kindes zum sozialen Menschen. Die Herren von der Majorität brauchen in diesem Falle nur den Weg zu gehen, der ihnen von der früheren Majorität vorgezeichnet wurde. Auch zu einer auszuführenden Familienversicherung müssen Sie kommen, wo uns der Staat immer im Stiche gelassen hat. Machen Sie es so, wie die christlichsoziale Partei für die Altersversorgung ihrer Arbeiter und Angestellten gesprägt hat. Errichten Sie eine Familienversicherung, dass werden Sie der Erziehung der Jugend den besten Dienst geleistet haben. Die Erziehung der Jugend muss auch das soziale Verständnis vermitteln. Bei der Erziehung zum sozialen Willen, da gehen unsere Wege auseinander. Wenn Sie das Recht haben, Ihre Kinder in Ihrem Sinne zu erziehen, dann dürften auch wir das Recht haben die Kinder in unserem Sinne zu erziehen. Fahren Sie nicht fort auf dem Wege, den Sie beim Erziehungsheim in Oberhollabrunn eingeschlagen haben. Es darf auch in Zukunft nicht mehr eine christliche Fürsorgeorganisation aus einem Hause hinausgeworfen werden, um den Kinderfreunden Platz zu machen, wie dies im 13. Bezirk geschehen ist.

Ich will nur noch darauf hinweisen, dass in dem bekannten Erlass Glöckl ein grosser pädagogischer Fehler darin liegt, dass der einzige Unterrichtsstoff, der die Charakterbildung der Jugend bezwecken soll nicht praktisch betätigt werden darf. Wie die Kinder zu erziehen sind, das müssen Sie wohl den Eltern überlassen (Zustimmung bei den Christlichsozialen); in der Technik der Fürsorge bestehen gute Ansätze und trachten Sie, die Fürsorge dahin auszubauen, dass die amtliche und die freiwillige Fürsorge zusammenarbeiten. Schrecken Sie nicht davor zurück, dass dadurch vielleicht die christliche Wohlfahrtspflege in den Fordergrund geschoben werde. VB. Winter hat auch gestern betont, dass die Armenpflege reformiert werden muss. Das wollen wir ja Alle. Sie können auch nicht mit einem Schlage die Tatsache verschwinden machen, dass die Gemeinde Wien auf sozialem Gebiete vieles geleistet hat. Sie müssen zugeben, dass sich dies Alles entwickeln muss und dass die Ansätze, die hiezu vorhanden sind, vorbildlich waren für andere grosse Städte. Wenn Sie die Begabenschulen errichten, so greifen Sie damit die Ideen, die von christlicher Seite aufgestellt wurden auf, die darauf hinausgeht, im Zusammenarbeiten mit der

Schule den Menschen dem Berufe zuzuführen, zu dem er geeignet ist.

Anerkennen Sie, was bisher von christlicher Seite geleistet worden ist, das tut Ihnen keinen Abbruch. Geben Sie zu, was auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Erziehung geleistet worden ist. Das alles war wertvoll. Mit der kommunistischen Jugend werden Sie kein neues Wien aufbauen können, darüber sind wir uns in der letzten Zeit klar geworden. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Winter: Die Budgetdebatte geht ihrem Ende entgegen. Man kann einen Ueberblick darüber gewinnen, was die einzelnen Parteien über diesen Voranschlag zu sagen haben. Ich muss gestehen, dass ich von der Seite der Christlichsozialen etwas anderes erwartet habe, als was sie uns erzählten. Ich glaubte, dass von Ihrer Seite eine Fülle von Anregungen ausgehen wird, eine Reihe von Dingen vorgeschlagen werden, wo sie uns erzählen werden, wie wir die Sache besser machen könnten, als Sie es gemacht haben. Prüft man die Ausführungen der einzelnen Redner, so findet man nichts als Schlagworte. So hat der gestrige Redner Vice-Bgm. Hoss uns aufgefordert, bei den Millionären mit der Enteignung anzufangen und uns vorgeworfen, dass wir gegen diese nicht vorgehen. Aber gerade seine Partei war es, die uns daran hinderte. Ich erinnere an das Schlössergesetz und die Haltung der christlichsozialen Partei, wie es hiess, dass mit der Enteignung und mit der Sozialisierung begonnen werde. Weiters wurde uns vorgeworfen, dass wir nichts für Schulbauten machen, und hiebei auf das Beispiel Dr. Luegers verwiesen, doch scheint man darauf zu vergessen, dass Dr. Lueger zu besseren Zeiten gelebt hat. Meine unmittelbare Vorrednerin Frau Dr. Seitz verlangte, dass die Kinder sozial zu erziehen sind und hat uns vorgeworfen, dass wir das nicht tun. Doch ist der Antisozialismus hervorgerufen worden, durch die Art der bisherigen Gemeindeverwaltung. Ich möchte, um das nachweisen zu können, auf ein Kapitel zurückkommen, das bisher noch nicht besprochen wurde. Es sind dies die Verhältnisse bei Erwerbung des Heimatrechtes in Wien. Das ist eine Sache, aus der man lernen kann, in welcher unsozialem Geiste die christlichsoziale Gemeinde auf dem Nebengleise Dinge behandelt hat, die in der Bevölkerung von grosser Wirkung sind. Unsere diesbezügliche Gesetzgebung stammt aus dem Jahre 1879 und ist gegen den Willen der Christlichsozialen und über unseren Antrag im Jahre 1896 verbessert worden. Und gerade die christlichsoziale Partei war es, die bei der neuen Heimatsnovelle darauf anlegte, einer Reihe von Leuten durch die Fesseln der Bureaukratie davon abzuhalten in Wien bodenständig zu werden. Es handelte sich um arme schwer bedrängte Personen - Alle Unannehmlichkeiten, die in früherer Zeit jeder Reichsrats- oder Gemeinderatswähler durchzumachen hatte, musste jeder mitmachen, der heimatzuständig werden wollte. Wenn er das Gesuch ~~im~~ überreicht hatte, ist er in alle juristischen Kniffe der christlichsozialen Partei gebracht worden. So verlangt das Heimatsrecht zu seiner Erwerbung den Nachweis einer 10 jährigen Gesesshaftigkeit durch einen polizeilichen Nachweis. Dieser Nachweis waren nie vollkommen verlässlich, und im Rathause benützte man eventuelle Lücken um den Bewerber abzuweisen. Eine andere Seite der Sache. In der Heimatsgesetznovelle heisst es, dass jemand dann nicht aufgenommen werde, wenn er innerhalb der 10 jährigen Gesesshaftigkeit die Armenversorgung in Anspruch genommen hat. Jedes Heimatsgesuch wurde so behandelt, dass man in erster Linie peinlichst darnach forschte, ob der Bewerber ja nicht in den 10 Jahren eine Aushilfe bekommen hat oder in einem Spital war.

ad Rede Klimesch.

Nach dem Berichte Sgmbogen 2 dritte Spalte nach dem Satz: ...verliest nun eine lange Rede, soll es weiter heissen:

Zum Schluess verliest der Redner unter anderem einen Artikel aus den „Bezirksnachrichten vom Alsergrund“, der heftige Ausfälle gegen die Tschechen enthält. Unter anderem heisst es darin: Dieses Söhne einer Hündin fänden es für gut, unsere Deutschösterreicher und Wiener als verprügelte und Besägte, als ein Bettlervolk zu provozieren.....Der Tscheche ist durch seine Falschheit und Hinterhältigkeit auf der ganzen Welt unrühmlichst bekannt und bei dem Neugeborenen entscheidet er schon in den ersten Lebenstagen, welchen Beruf diese in den späteren Tagen wählen werden: entweder Musikant oder Dieb. - Es sei nebenbei bemerkt, dass dieses Blatt von Herrn Stary redigiert ist und dass dieser Herr der gewesene Bezirksvorsteher vom Alsergrund ist und jetzt von der Gemeinde Wien eine beträchtliche Pension bezieht. Ob dieser Herr ein Tscheche ist, will ich nicht behaupten, dass er aber böhmisch nicht vergessen hat, ist sichergestellt und dass sein Vater sogar ein guter tschechischer Patriot war, können wir durch Zeugen beweisen.

++++ +++++

Die juristischen Entscheidungen des Magistrates wurden durch die Verwaltungsgerichtshofentscheidungen widerlegt, an der Praxis hat dies aber nichts geändert, weil dies nicht in ihrem Sinne lag. Sie witterten in jedem der um die Aufnahme in den Heimatsverband ansuchte einen Menschen, der eine Pfunde bekommen will. In dieser Richtung muss ein ganz anderer Geist in die Verwaltung einziehen, die Gesuche um die Zuständigkeit müssen loyal beachtet und loyal erledigt werden. Sie haben auch wegen der Taxen ein Abkommen mit der damaligen Statthalterei getroffen. Auch dies zeigt nicht von einem sozialen Geist es müssen deshalb auf dem Gebiete der Zuständigkeit umfassende Reformen getroffen werden, damit Leute die hier gearbeitet, die hier gearbeitet haben, hier alt geworden sind, auch nach Wien zuständig werden.

Noch eine zweite Frage möchte ich kurz besprechen. Das Statut gibt der Gemeindeverwaltung auch das Recht Bürger unter gewissen Voraussetzungen zu ernennen. Ich weiss nicht, ob die Herren von der Minorität noch heute besonders Wert auf die Bürger legen, nachdem ja alle Wahlkörper auch der zweite Wahlkörper, in welchem die Bürger wahlberechtigt waren und welchen Sie durch die Ernennung von Bürgern gesetzlich korrigieren konnten, aufgehoben ist. Vom Standpunkt meiner Partei kann ich Ihnen sagen, dass wir gegen die Ernennung der Bürger sind, dass wir Bürger nicht mehr ernennen werden, weil diese Einrichtung undemokratisch und unsozial sind. Die beiden angeführten Reformen sollen Ihnen unter anderem zeigen, dass wir die Gemeindeverwaltung in demokratischem Sinne führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Kunschak: Unser Entschluss für den Voranschlag zu stimmen, baut darauf auf, dass wir noch immer nicht das Vertrauen verloren haben, dass es möglich sein wird, auch Ihrerseits eine volle gerechte unparteiliche Handhabung der Geschäfte erwarten zu dürfen. Wir haben nach dieser Richtung hin eine Reihe von Versicherungen bereits vernommen, der Erfolg steht zum grösstentheil bisher hoch immer aus. Auf welche Ursachen diese Erscheinung zurückzuführen ist, ist schwer zu untersuchen. Es liess in einzelnen Punkten die Vermutung nahe, als ob es sich um eine passive Resistenz aus Ihren Kreisen gegen die Anordnungen ihres eigenen Bürgermeisters handeln würde. Es wurde in ganz freundschaftlicher Weise vereinbart, dass die Bezirksvorsteher in den einzelnen Bezirken ein Amtlokal zur Verfügung gestellt erhalten, um im Bezirksamte als Bezirksvorsteher-Stellvertreter ihrer Aufgabe nachkommen zu können. In einer grossen Anzahl von Bezirken ist das ohne weiters auch geschehen, in einer Zahl von Bezirken

ist das nicht zu erreichen gewesen, es ist sogar vorgekommen, dass man von den im Sinne des Uebereinkommens eingeschlagenen Weg mit einer gewissen gehässigen Geste wieder abgekommen ist. Ich muss namens meiner Partei mit aller Entschiedenheit die Erwartung aussprechen, dass der Herr Bürgermeister in aller kürzester Zeit nach dieser Richtung in den Bezirksverwaltungen Ordnung herstellen wird.

An die Wiener Schulen ist unmittelbar vor dem Frohnleichnamsfest ein Erlass gekommen, in welchem in einer unglücklichen und den Anschauungen des Unterrichtsamtes nicht entsprechenden Form erklärt wird, eine Teilnahme der Kinder an den Frohnleichnamsprozessionen nicht ins Auge fassen zu können. Ich freue mich konstatieren zu können, dass der Unterstaatssekretär für Unterricht in der Öffentlichkeit uns gegenüber Wert darauf gelegt hat, zu erklären, dass dieser Erlass des Wiener Bezirksschulrates ohne seine Befragung und daher ohne seine Zustimmung hinaus gegeben worden ist. (Hört!) Ich muss lebhaft bedauern, dass der Wiener Bezirksschulrat zu solchen Entscheidungen kommt, eine Erklärung hierfür weiss ich mir nicht zu geben. Es wird Sache der Schulbehörde sein, sich mit dem Wiener Bezirksschulrat hierüber auseinanderzusetzen. Es sind Schlussfolgerungen in seitens der Schulvorstellungen gezogen worden gegen die aller Entschiedenheit Stellung genommen werden muss und welche nicht nur parteipolitisch gehässig sind, sondern auch auf einen grossen Mangel an Verständnis und Gemütsempfindung für das Interesse der Kinder selbst schliessen lassen. Es haben Schulleitungen verboten, dass die Schulen selbst für jene Kinder, welche freiwillig an der Frohnleichnamsprozession teilnehmen wollen unter Führung von Lehrpersonen, die sich freiwillig dazu bereit erklärt haben, als Sammelort verwendet werden dürfen. (Ungehört). Es ist infolge der Ungunst des Wetters nicht dazu gekommen, aber wäre das Wetter günstig gewesen, so hätten wir das Schauspiel erlebt, dass 1000 von Kindern sich hätten müssen auf der Strasse rayonieren müssen, weil ihnen die Schulkalender versperrt waren. Ich glaube in einer Gemeindeverwaltung in welcher die Auffassung sich durchgesetzt hat, dass Schulkalender für politische Versammlungen aller Parteien uneingeschränkt zur Verfügung stehen können, muss es als ungerührt bezeichnet werden, dass sich Schulleitungen erlauben, die Benutzung von Schulkalender durch in diese Schulen eingeschulte Kinder hintanzuhalten (Rufe: Büberei!). Ich hoffe, dass der Bürgermeister Gelegenheit nehmen wird, die betreffenden Schulleitungen zu belehren, dass wenn auch der Bezirksschulrat die Teilnahme von Kindern an den Frohnleichnamsprozessionen nicht gerne sieht, den Schulleitungen aus dem Titel dieses Erlasses nicht das geringste Verfügungsrecht über die Schulen zusteht.

Ein 3- Fall ist das terroristische Vorgehen gegenüber einzelnen christlichsozial Organisierten städtischen Bediensteten. Es hat der Bürgermeister in diesem Saale selbst die Erklärung abgegeben, er habe es nicht notwendig, sich zum Schützer des Koalitionsrechtes erst ausrufen zu lassen, ein Mann, der selber jahrelang für die Koalitionsfreiheit gekämpft hat, werde Sorge tragen, dass unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister Massregelungen nicht stattfinden. Ich bringe hier zur Kenntnis, dass trotz dieser Erklärung solche Massregelungen noch immer vorkommen, und dass sie insbesondere bei der Strassenbahn zu einem geradezu unausrottbarem System zu werden drohen. Ich werde die konkreten Fälle zur Geltung bringen und erwarte, dass es nicht bei Worten bleibe, sondern auch den Worten die entsprechenden Taten folgen werden.

Der Redner der tschecho-slowakischen Partei hat uns vorgehalten, dass wir auf dem Gebiete der Schule intolerant gegenüber seinen Aktionären vorgehen, und hat darauf verwiesen, dass eine Anzahl von Schulen im Budget der tschecho-slowakischen Unterrichtsverwaltung vorgesehen seien. Das besagt aber nicht, dass die tschecho-slowakische Unterrichtsverwaltung tolerant ist, sondern dass sie nur noch nicht alle deutschen Schulen eingestellt hat. Was sie sich in Unter- und Ober-Themenau geleistet

haben, obwohl diese Gebiete bis heute niederösterreichisch sind- Sie haben sie nur in Ihrer Gewalt - spottet jeder Beschreibung. In Unter-Themenau wurde über Betreiben der Gemeinde vom Lande Nieder-Oesterreich unter Mitwirkung des Fürsten Liechtenstein eine der besten Bürgerschulen des Landes errichtet. Die Tschechen haben von der Schule Besitz ergriffen, das erste war, dass sie unter Androhung der ärgsten Brachialgewalt die Lehrpersonen vertrieben haben (hört), dass sie die dem Lande Niederösterreich gehörigen Lehrmittel als Eigentum des tschecho-slowakischen Staates erklärt (Rufe: gestohlen!) und diese Schule gesperrt haben. (Hört). Das Land Niederösterreich hat in Themenau ganz auf seine Kosten einen Kindergarten errichtet über Ersuchen der Gemeinde Themenau an dem Eltern und Kinder mit Liebe hängen. Die Tschechen sind eingedrungen (hört) die Eltern haben gebeten, man möge den Betrieb des Kindergartens nicht unterbinden. Es hat die Kindergärtnerin in gewissenhafter Auffassung ihrer Verpflichtung den Platz nicht geräumt. Sie haben in die Lehrzimmer Soldaten hineingelegt (hört) und die Kindergärtnerin die wie eine Heldin ausharrt, bis in die Dachbodenkammer hinaufgetrieben,

Sie haben uns vorgeworfen, dass wir aus Böhmen Kartoffel nach Wien bekommen haben, das ist wahr, aber wir haben auch die Kartoffeln zu den von ihnen gemachten Preise gekauft. Wir haben aber auch die Menschen, die aus Böhmen sind, bekommen und sie verpflegt. Der böhmische Landesausschuss ist aber die Gebühren für die Kranken und Kinder in den Anstalten schuldig geblieben (Pfu! Rufe bei den Christlichsozialen). Wenn wir heute im Voranschlag eine solche Zahl finden, so ist das darauf zurückzuführen, dass die sogenannten Sukzessionsstaaten solche Schulden haben, die unser Budget so schwer belasten. Wir können also Ihren Vergleich mit den Kartoffeln mit der Pflege Ihrer Kinder und Kranken in unseren Anstalten aushalten. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!)

Das städtische Arbeitsamt ist in vehementer Weise angegriffen worden und es ist festgestellt worden, dass es bei den Wiener Arbeitern das grösste Misstrauen besitzt. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen im grössten Widerspruch und wenn es wahr wäre, so wäre das ja auch eine Anklage gegen die sozialdemokratische Partei, da das Arbeitsamt einen paritätischen Ausschuss besitzt. Das Arbeitsamt hat seit seinem Bestehen 3 Millionen Arbeitsvermittlungen vorgenommen. Diese Zahl ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Es hat auch qualifizierte Arbeiter vermittelt. Ich muss auch betonen, dass diese Einrichtung eine Einrichtung der christlichsozialen Partei ist, die von dem sozialen Empfinden der christlichsozialen Partei Zeugnis gibt. Es wurde auch gesagt, dass dieses Amt Streikbrecherdienste geleistet hat. Das gehört weit hinter uns liegenden Tagen an. Es wurde aber bald die Verfügung getroffen, dass das Amt die Verpflichtung hat, wenn eine Arbeitseinstellung gemeldet wird, diese in seinen Räumen öffentlich kundzumachen und dass ausserdem die Beamten des Amtes die Arbeitssuchenden persönlich darauf aufmerksam zu machen haben. Wenn sich nun ein Fall von Streikbruch ereignet haben sollte, so beweist er nichts mehr, als etwa die Tatsache, dass in der Arbeiterzeitung wiederholt im Textteile vor dem Zuzug von Arbeitern gewarnt wird, während im Anzeigenteile Arbeiter für eben denselben Betrieb vor dem gewarnt wird, gesucht werden.

GR. Kokrdra hat Vorwürfe gegen die Gemeinde wegen der Versorgung mit Lebensmitteln erhoben. Ich gebe zu, dass es zu Bemängelungen Anlass gibt, im Laufe des Krieges ist in diesem Saale noch mehr aber ausserhalb desselben direkt bei den Aemtern und beim Bürgermeister selbst gegen gewisse Ercheinungen in der Organisation Klage erhoben worden, wodurch eine Reihe von schlechten Einrichtungen verhindert wurden. Dass das Amt nicht wo dieses arme Mädel treue Wacht hält über das Eigentum des Landes Niederösterreich (lebhafter Beifall). Die Kindergärtnerin erlebt ein wahres Martyrium. Jeder ihrer Wege steht unter militärischer Kontrolle, für sie ist die Briefzensur eingeführt und wenn sie mit ihrer Behörde in Verbindung treten will, muss sie die Hilfe tschechischer Gemeindeangehöriger in

klaglos funktioniert hat gebe ich zu, aber GR. Kokrda hat selbst gesagt, dass es Beamte waren, die sich mit allen nur nicht mit Lebensmitteln beschäftigten und dass aus den Juristen, die sich mit dem Heimatsrecht beschäftigten, über Nacht ein Kartoffelinkäufer und Verteiler geworden ist. GR. Kokrda hat aber auch andererseits soviel Einblick in die Lebensmittelgeschäfte durch seine Funktion bei den Konsumvereinen, um sagen zu können, dass auch in diesen manch unangenehmes während der Kriegszeit passiert ist. Ueber Erwarten haben die Gemeindestellen gut funktioniert und man kann den Beamten nur Dank dafür sagen und ich möchte nicht, dass jene Beamten, die sich mit den Lebensmittelgeschäften befassten, aus dem Lob, das gestern VB. Emmerling den Beamten spendete, ausgeschaltet werden, wenn sie haben im Krieg die grösste Verantwortung gehabt und im Lebensmittelgeschäfte die grösste Arbeit geleistet. Was die gemeindlichen Organisationen nicht mit kaufmännischen Unternehmen verglichen werden können, dass man dieses Wissen von den Beamten auch nicht verlangen konnte, ist selbstverständlich, doch unrichtig ist es, dass die Aemter frei und unkontrollierbar gearbeitet haben. GR. Kokrda möge sich die Mühe geben und bei seinen Parteigenossen sich erkundigen. Er wird belehrt werden, dass jeden Tag während des langen Kriegs hindurch, alle mit den Lebensmitteln beschäftigten Beamten abends antreten und Rapport abstaten mussten, darüber, was tagsüber sich ereignet hat und dass sie von dem Bürgermeister und den Parteivertretern, die in der Obmännerkonferenz vertreten waren, ihre Weisungen erhielten. Sie haben unter Führung der Bürgermeister und der Obmännerkonferenz gearbeitet. Wenn Fehler entstanden sind, so darf man uns allein nicht dafür verantwortlich machen, sondern auch jene, die in der Obmännerkonferenz vertreten waren. Was die Milchversorgung anbelangt, sind wir nicht schuld, dass dieselbe nicht funktioniert hat, diese Frage ist aber auch eine Frage, die nicht im Krieg entstanden ist. Schon als ich 1907 in den Reichsrat einzog, gab es eine Milchmiserie. Wir konnten für die Milchversorgung Milchzüge erwirken, Kühlanlagen errichten und Kühlwagen bauen, aber wenn alles beisammen war, so fehlte es uns an dem wichtigsten Faktor, an der Milch selbst, die wir nicht beschaffen konnten. Es ist ein Trugschluss, wenn behauptet wird, dass wir die Milch-erhöhung steigern konnten durch organisatorisches Wirken auf dem flachen Lande. Dieje hat der freie Handel mit geschickter Hand besorgt, als es jede Gemeinde hätte tun können. Das Ernährungsamt selbst hat planmässig an der Unterbindung der Milchlieferungen teilgenommen und waren im verflossenen Herbst unter dem eingelieferten Schlachtvieh eine Menge prächtiger Kühe zu bemerken. Auch der Schleichhandel hindert die Milchzufuhr, denn er hat einen solchen Umfang angenommen, dass auf dem Gebiet der Organisation alles mögliche unternommen werden kann, ohne dem Schleichhandel bekämpfen zu können. Leider kann sich unsere Regierung nicht dazu aufbringen, selbst gegen den Schleichhandel energisch vorzugehen. Nun will ich zum Schlusse noch einiges über die Approvisionierung sagen. Die Approvisionierungspolitik der christlichsozialen Partei ist durch GR. Kokrda anerkannt worden. Wir nehmen dies zur Kenntnis und treuen uns über diese Erklärung und vergessen darauf, dass dieses Kapitel vor den Wahlen gegen uns angeschnitten wurde. GR. Kokrda hat behauptet, dass niemand in der Gemeinde etwas von Lebensmitteln weiss. Er soll sich an den Bürgermeister wenden, der ihm erzählen kann, ¹⁹¹⁶ wir dem Sozialdemokraten übergeben haben. Das öffentlich darüber nicht gesprochen wurde, geschah deshalb, weil dafür keine Veranlassung vorlag, davon öffentlich zu reden. Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken. Die Approvisionierungsfrage der Zukunft liegt gerade für Wien trostlos. Wir können vielleicht, wenn der Wille und das volle Verständnis bei allen Schichten der Wiener Bevölkerung zur Geltung kommt, über die finanziellen Schwierigkeiten hinauskommen. Was aber von unserem guten Willen nicht abhängt, ist die Approvisionierungsfrage. Eine Stadt, die keine Produktionsstadt ist, kann für 2½ Millionen nicht versorgen, zumal auch

aus der nächsten Umgebung wenig zu holen ist. Wir beziehen einen Grossteil unserer Bedürfnisse aus Gebieten, die ihren nationalen Charakter nach weder der Tschechoslovakei noch zur ungarischen Räterepublik gehören und die sich hinsichtlich ihres nationalen Verkehrs und ihrer Marktverhältnisse durch Jahrhunderte mit Wien verknüpft fühlen und das Reservoir für alle unsere Bedürfnisse waren. Es sind dies Westungarn, Südmähren und der Böhmerwaldgau. Wir müssen bei der Entente in Erinnerung bringen, dass diese Gebiete und nur diese Gebiete eine ertragsfähige Basis für unsere Ernährung sind und wir müssen darauf bestehen, dass nur diese drei Gebiete als das Lebensmittelhinterland für die Stadt Wien gelten kann. Und wenn die Entente uns weiss Gott welchen Frieden gibt, wenn sie uns aber diese Gebiete nimmt, so können wir nicht über den Frieden hinaus, denn er bedeutet das Weiterfortbestehen des Hungerkrieges. Ich bitte daher den Bürgermeister und den Gemeinderat, dass er in letzter Stunde alle Mittel unternimmt um bei der Friedenskonferenz in St. Germain festzulegen, dass diese drei Gebiete, die national zu uns gehören und die uns wirtschaftlich unentbehrlich sind, uns zugesprochen werden. Ich bitte den Bürgermeister um diese Aktion, denn ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat in seiner ganzen Zusammensetzung mit ihr einverstanden ist. Denn sollte es gelingen, wird Bürgermeister und Gemeinderat nicht nur ein grosses Werk auf nationalem Gebiet geleistet haben, sondern für die Stadt Wien und seine Bewohner vorgesorgt haben, dass sie nicht des Hungertodes sterben müssen. GR. Skaret wendet sich zunächst gegen einige Wendungen in der Rede des GR. Dr. Kienböck. Die Sozialdemokraten betrachten seit 20 Jahren die Durchsetzung der Gemeindeverwaltung mit demokratischem Geist als ihre Aufgabe. Warum haben die Herren, die durch 25 Jahre in der Majorität waren, nicht schon damals ihr heute so stark ausgeprägtes soziales Empfinden gezeigt. Sie konnten sich nur zum IV. Wahlkörper mit einem Mandat aufheben, hätten sie etwas mehr getan, dann könnte die kommunale Verwaltung heute auf einer ganz anderen Grundlage stehen. Es berührt sonderbar, dass Sie uns vorwerfen, wir hätten grosse Versprechungen gemacht, und jetzt kommen die Enttäuschungen. Ist Dr. Kienböck sich nicht bewusst, unter welchen Umständen wir die Gemeindeverwaltung übernommen haben? Wir wollten mit den gesamten indirekten Abgaben brechen, aber nachdem Sie uns ein solches finanzielles Trümmerfeld überlassen haben,..... (Zwischenruf: Das Trümmerfeld haben Sie selbst geschaffen!) Wir haben gegen die Verhältnisse in den letzten 5 Jahren gekämpft während Sie damit einverstanden waren und haben noch fast vor dem Schlusse des Krieges von einem Siegesrausch befallen. Wir bringen nach wie vor das eine in die Gemeindeverwaltung mit: Was in unseren Kräften und in unserem Können liegt, das wollen wir daran setzen, um die Gemeinde aus diesem Morast, in den die Kriegshetzer sie hineingetrieben haben, wieder herauszubringen.

Nun muss ich mich auch gegen einen Vorwurf des Vize-Bgm. Hoss wenden, dass wir die Kapitalisten nicht packen. Wie können wir das tun, nachdem sich die Christlichsozialen und die Grossdeutschen in der Sozialisierungsfrage und im Schlössergesetz gegen uns gestellt haben. Wir wollen zugreifen, aber Sie fallen uns in die Arme und hindern uns. Was sind es Ihre Schlösser oder sind es die Schlösser des Feudaladels und der Rothschilds und wie sie alle heissen. (GR. Erntner: Gegen den Rothschild gegen Sie ja nicht vor). Ich war bei einem Gespräche zwischen Dr. Lueger und Dr. Václav Adler zugegen, bei welchem der erstere in seiner jovialen Art meinte: Ihre Partei hat ja ganz hübsche Grundsätze aber Sie gehen ja nur gegen das christliche Kapital los. Die reichen Juden lassen Sie in Ruhe und schützen sie sogar. Dr. Adler erwiderte: Herr Dr. ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wir teilen uns die Arbeit. Sie übernehmen das jüdische Kapital und wir führen den Kampf gegen das christliche Kapital, auf diesem gemeinsamen Boden werden wir uns finden. (GR. Erntner: Da wäre ich gerne auch dabei gewesen! Lebhaftes Heiterkeit).

Warum haben Sie das Schlössergesetz zu schützen gesucht? Das ist keine aufrechte und aufrichtige Politik, Sie richten Ihre Fahne nach dem Winde Sie haben kein soziales Empfinden (Beifall links), sondern Sie fühlen sich als Bürgerliche, als Besitzende mit den Besitzenden.

Kollege Sirotek macht uns zum Vorwurf, dass wir es nicht möglich machen, dass Sie wenigstens durch ein Mitglied in ihren Ausschuss vertreten sind. Wir haben uns hier zur Richtschnur gesetzt, wir werden als Majorität nicht unsere Vorfahren nachahmen und nicht Willkür walten lassen, sondern Gerechtigkeit auf Grund des Stärkeverhältnisses anwenden. Wenn es nicht möglich ist, in jedem Ausschuss jeder der vertretenen Parteien - wir haben hier im Gemeinderat 6 - ein Mandat einzuräumen, so machen Sie uns keinen Vorwurf. Wir gehen so vor, wie wir glauben, dass es gerecht ist.

Was den Vorwurf des Kollegen Klimesch betrifft, welcher gesagt hat, die Haltung der Sozialdemokratie ist die wahre Internationalität nicht, so glaube ich, dass die tschechischen Kollegen wohl niemals mit weniger Berechtigung einen solchen Vorwurf gegen die deutsche Sozialdemokratie erheben konnten. Wir haben immer unsere internationale Stellung und nicht als diese hochgehalten. (Rufe rechts: Heil!) Wir werden international bleiben. (Beifall links) Wir werden uns weder von den Deutschnationalen noch von den Christlichsozialen auch nur einen Centime erbreit von dieser Linie abwendig machen lassen. Bei Ihnen von der tschechoslovakischen Parteigruppe haben wir dieselbe Betätigung der Internationalität nicht immer konstatiert. Unsere sozialdemokratischen Vertrauensmänner in tschechoslovakischen Staaten werden darum, weil sie dort nicht ehémals berechtigt sind, ausgewiesen, müssen innerhalb drei Tagen den Ort verlassen und nur deshalb, weil sie sozialdemokratische Agitatoren im Dienste der Arbeiterschaft sind.

GR. Klimesch Während des Krieges!

Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Neda, jetzt!

GR. Skaret: Ich werde Ihnen ein kleines Dokument der tschechoslovakischen Regierung, in der leider auch so viele Sozialdemokraten, als Minister sitzen, zur Kenntnis bringen: Es lautet: „Politische Bezirksverwaltung in Krumau. Zahl 605/ Präs. 25. Juni 1919. Herr Leopold Wimmer, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Krumau im Böhmerwald.“ Es ist also rein deutsches Gebiet. Es heisst nun weiter: „Nachdem Sie als Angehöriger der Gemeinde Wien nicht Staatsbürger der tschechoslovakischen Republik sind, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen Ihre Anwesenheit im hiesigen Staatsgebiete aus politischen Rücksichten nicht wünschenswert erscheint, finde ich im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 (Rufe: Hört!) R.G.Bl. Nr. 66 (Hört!), Sie anzuweisen, das Staatsgebiet der tschechoslovakischen Republik bis 30. d.M. zu verlassen. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe)

GR. Sirotek: Das ist die Bezirkshauptmannschaft, aber Sie machen es unseren Arbeiter hier so in der Fabrik.

GR. Hedorfer: Das ist ein besonderes Kapitel, das wissen wir von Floridsdorf aus, darüber seid Ihr schon belehrt worden!

GR. Skaret: Man bezieht sich auf ein Gesetz vom 5. Mai 1869 der alten k.k. Regierung. In dem Dokumente heisst es dann: „Zum Austritt aus dem Staatsgebiete haben Sie die Eisenbahnlinie Krumau - Budweis - Oberhaid zu benützen und sich gelegentlich der Ueberschreitung der Staatsgrenze beim Grenzkommando in Oberhaid zu melden. Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 14 Tagen den Rekurs bei der politischen Bezirksverwaltung in Krumau einbringen. Einem allfälligen Rekurs kommt jedoch eine aufschiebende Wirkung nicht zu.“ Es ist ein Familienfater von 5 Kindern, der schon vor dem Kriege in Krumau als Parteivertrauensmann der Sozialdemokratie tätig war. Nachdem Kriege ist er wieder dorthin gekommen und wir nunmehr ausgewiesen. Während des Krieges sind an den Tschechen durch die Soldateska in Oesterreich zweifelloser massloser Unge-

Rechtigkeiten und Gewalttaten verübt worden. Wir Deutsche Sozialdemokraten sind, so oft wir Kenntnis erhielten entschieden dagegen aufgetreten. Ich vermisse von Seite unserer tschechoslowakischen Parteigenossen, dass auch Sie gegen solche Gewalttaten Stellung nehmen. Was glauben Sie, wer die Ausweisung dieses Leopold Wimmer bei den tschechoslowakischen Behörden betrieben hat? Deutschnationale Fabrikanten und das Stift Hohnefurt (Rufe rechts: Können Sie das beweisen?) Ja das beweisen wir Ihnen. Seit November vorigen Jahres bemühen sich die Krumauer Papierfabrikanten und andere den ihnen so lästigen Agitator Leopold Wimmer einen Floridsdorfer, aus Krumau wegzubringen. (HR. Siegel: Auch der jüdische Spiro ist dabei!) Ja, im Kampfe gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokraten, findet sich die Kirche mit den Juden und Deutschnationalen (Beifall links). Durch den Krieg ist die Sozialdemokratische Organisation im Böhmerwald insbesondere im Kreise Krumau, infolge der Einberufungen u. s. w. vollständig zusammengebrochen. Der Mann kommt nun im November zurück, fängt wieder mit dem Aufbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation an und hat in Kienberg, wo eine grosse Papierfabrik sich befindet, dem Hauptaktionär das Stift Hohnefurt ist, eine Ortsgruppe der Papierarbeiter gegründet. Das hat den Fass den Boden ausgestossen. Nunmehr ist der Mann landesverwiesen worden. Ich bin neugierig, ob Soukup und die anderen sich ermannen und die Sache rückgängig machen werden. Ich halte das für einen heillosen Wagemess gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisation überhaupt. (Beifall links)

GR. Rummelhart: Wo ist der Beweis, dass der Vertreter des Stiftes Hohnefurt diesen Mann hat ausweisen lassen? Dass das Stift Aktien besitzt, ist hiefür kein Beweis!

GR. Eidersch: Aber Marienbad haben Sie doch auch an die Tschechen ver-

GR. Skaret: Da ist es wohl schwer, zu sagen, dass Sie sozial empfinden. Das soziale Empfinden fehlt Ihnen vollständig, und das haben Sie bei jeder Forderung im Interesse der Arbeiter empfunden. Wenn das Verhältnisswahlrecht, gegen das Sie sich Jahrzehntlang gewährt haben, nicht eingeführt worden wäre, wie würde dann die rechte Seite dieses Saales aussehen.

Kollege Schmitz hat von der christlichen Weltanschauung gesprochen und gesagt, dass Sie auf den Standpunkt stehen, Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Wie Sie diesen Spruch auffassen und handhaben, das beweisen uns die Vorgänge in diesem Saal. Sie können noch andere Meinungen als die Ihre nicht vertragen. Und wenn Kollege Schmitz gesagt hat, dass die katholische Religion die Grundlage aller sozialen Ordnung ist, so muss ich sagen, das wirkliche Christentum ganz anders die Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum gedeutet haben. Ich will Ihnen nur einige Sätze vorlegen.

Während GR. Skaret liest, kommt es zu wiederholten ~~man~~ Auseinandersetzungen zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten.

GR. Skaret: Nun will ich Ihnen auch sagen, dass das was ich Ihnen vorgelesen habe, aus der Monatsschrift für christliche Sozialreform stammt.

GR. Schmitz: Wann aus welchem Jahre?

GR. Forstner: Bei Ihnen ändert sich also die Anschauung alle Jahre.

GR. Skaret: Was heisst denn das in welchem Jahre? Sie sind doch stolz darauf, dass Sie Ihr Programm nicht wechseln.

GR. Schmitz: Die Sozialdemokraten haben Ihr Programm auch geändert seitdem es in Hainfeld zustande kam.

GR. Skaret: Der die oben angeführten Worte ~~angeschrieben~~ hat, ist Monsignore Dr. Scheicher, denn Sie doch so wie ich keinen Gesinnungswechsel vorwerfen werden.

Die Zwiesgespräche zwischen einzelnen Gemeinderäten dauern an.

V.-Bgm. Winter: Darf ich den Herren eine Mitteilung machen? Ich möchte Ihnen mitteilen, dass noch immer Herr GR. Skaret das Wort hat.

GR. Skaret: Ich will Ihnen noch sagen, dass es auch Christen gibt, die nicht in den antisemitischen Geschäftsmaxim das Christentum erblicken.

Es ist auch die Erwähnung getan worden, dass die Streichung der Kosten für die Fronleichnamsprozession auf Befehl des Arbeiterrates erfolgt ist. Das ist nicht richtig, sondern es ist auf Grund unserer Auffassung erfolgt, die besagt, dass Gemeindemitteln nicht für kirchliche Feste verwendet werden sollen. Aber reden Sie lieber nichts von Fronleichnamfesten. Diese Feste sind in Wien und überall anderwärts ein Unfug. (Rufe bei den Christlichsozialen: Unerhört!) Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Gemeinde ihre Verwaltung soll, im Interesse der Bevölkerung und die Pfarrer und Pfarrfrauen sollen ihre kirchlichen Veranstaltungen machen wie es ihnen beliebt, wir werden sie nicht stören. Die Länder, der Staat und die Gemeinde aber haben mit solchen Festlichkeiten nichts zu tun. Halten Sie Ihre Religion so hoch im Ehren, wie Sie wollen, von unserer Seite wird darin niemandem ein Abbruch geschehen. Aber nehmen Sie es uns nicht krumm, wenn wir glauben in der Gemeinde, im Lande und im Staate einen anderen Weg gehen zu müssen, als Sie ihn gegangen sind. Wir werden unser Interesse darauf legen, für die Gesamtheit der Bevölkerung ohne Unterschied der Nation und Konfession (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Auch ohne Unterschied der Partei!) - das ist darin enthalten - zu arbeiten. Mit diesem Prinzip werden wir hoffentlich die Gemeinde herausbringen aus der Lage, in der sie sich jetzt befindet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Mach: bemerkt, dass die 26.000 tschechischen Kinder in Wien Anspruch auf Unterricht in ihrer Sprache hätten und bemängelt den Vorschlag, weil man der tschechischen Kinder bei dem Kapital „Soziale Fürsorge“ ganz vergessen habe. Zum Schlusse sagte er, dass es für Wien gut wäre, die nationale Hetze aufzugeben, und es nur vorteilhaft wäre, wenn mit den übrigen Nationalstaaten Verträge auf Lebensmittel, Kohle u. dgl. zustande käme, denn wenn Wien nicht zugrunde gehen will, muss es in gutem Einvernehmen mit den Nationalstaaten stehen.

Berichterstatte StR. Ereiter zum Schlusswort teilt im Anschluss an die Bekanntgabe über die gestrige Versprache beim Staatssekretär für Finanzen mit, dass heute das Präsidium des Gemeinderates und Mitglieder des Finanzkomitees beim Präsidenten der Nationalversammlung Seitz und beim Vizekanzler Fink vorgespochen ~~unter~~ Unterstützung bei der Verwirklichung der vom Staatssekretär Dr. Schumpeter gemachten Zusagen erbeten haben. Beide Herren erklärten,

dass sie von der Notwendigkeit, der Stadt ^{Wien} helfen und ihre schwere Not zu mildern, ^{überzeugt sind}. Beide Herren erklärten, dass sie das volle Verständnis für die ^{Notlage} der Stadt Wien haben. Heute nachmittags fand ein Kabinettsrat statt, welcher sich mit den Zusagen des Staatssekretärs Dr. Schumpeter beschäftigte und der den Beschluss fasste, dessen Anträge der Nationalversammlung vorzulegen und für sie einzutreten. Damit ist die Sicherheit gegeben, ^{das} wenigstens ein Teil unseres Definites gedeckt wird.

Der Redner bespricht sodann einige Aeusserungen, die während der Budgetdebatte gefallen sind. Das vorliegende Budget ist durchaus kein Budget der Resignation, es sind so ~~manche~~ Ansätze zur Erfüllung des sozialen Programmes enthalten. Es enthält auch ein grosszügiges Programm der Bautätigkeit, das, wenn wir Kohle und Rohstoffe haben werden, auch tatsächlich ausgeführt werden wird. Wir mussten ja so manche Posten streichen, wenn es jedoch gelingen wird, eine Kreditoperation im Auslande durchzuführen, oder wenn ein Abbau der Preise erfolgen wird, so werden wir selbstverständlich aus eigenem Antrieb auch arbeiten, die im Budget nicht eingesetzt wurden, durchführen. V.B. Hoss, der gründlichste Kenner des Budgets der Gemeinde, musste selbst zugetan, dass es schwer wäre, ein anderes Budget vorzulegen. ^{inuf} ist ehrlich und entspricht den tatsächlichen Verhältnissen.

Wenn V.-Bgm. Hoss bemängelt hat, dass wir wieder genötigt sein werden, mit Zuschusskrediten zu arbeiten, so kann ich Ihnen die Erklärung geben, dass es sicher der Fall sein wird, ^{Wenn} man in Zeiten lebt, in denen sich die Preise von dem Vor- auf den Nachmittag ändern, ist es unmöglich, mit festen Preisen eines Bauprogrammes zu kommen. Gegenüber GR. Breuer bemerke ich, dass von irgend einer Feindlichkeit gegen das Gewerbe an und für sich keine Rede sein kann, aber wir können naturgemäss von vorhinein nicht eine Politik für die Gewerbetreibenden allein betreiben. Die wertvolle Anregung des Vize-Bgm. Hoss, bezüglich des übertragenen Wirkungskreises an den Staat heranzutreten, wird gewiss nicht unberücksichtigt bleiben. Ich stelle sodann mit Befriedigung fest, dass Kollege Schmitz erklärt hat, dass seine Partei die Wohnbaufuhrungssteuer sehr gerne unterstützen wird.

Allen jenen Rednern, die bemängelt haben, dass der Voranschlag im letzten Augenblicke ausgegeben worden ist, erwidere ich, dass ~~es~~ dies tatsächlich ein Jubelstand ist. Dieselben Bemängelungen sind seitens meiner Parteifreunde erhoben worden, allerdings nicht öffentlich, aber es ist heuer nicht anders möglich gewesen und wird sich im nächsten Jahr sicher nicht wiederholen. Die Hauptursache der Verzögerung ist der Wechsel in der Verwaltung, der sich hier in der Zeit vollzogen hat, wo sonst der Voranschlag fertiggestellt werden muss.

Es wurde ^{Wulf} von einem Hass gegen das rote Wien gesprochen, der die Länder abhalten soll, die ^{Start} zu beliefern. Es wäre eine Täuschung anzunehmen, dass die Bauern in den Ländern Wien nicht beliefern, weil eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderate ist. Wien wird deshalb nicht beliefert, weil es den Bauern als eine fressende Wunde am Staatskörper erscheint, als eine Stadt, von der Sie annehmen, dass sie ~~an~~ ^{an} zum Niedergange verurteilt ist. Die einzig entscheidende Ursache aber ist, dass wir nicht genug Waren erzeugen, die wir als Tausch gegen Lebensmittel abgegeben können. In dem Augenblicke aber, wo wir wieder produzieren und der Bauer von uns Ackergeräte, Kleider, Schuhe bekommt, wird er sich nicht kümmern, welcher politischen Partei die Gemeinde angehört, er wird seine Waren liefern, um von uns andere Waren zu bekommen.

Ich will nicht eingehen in den Kampf der Weltanschauungen, den die Debatte zum Teil gezeigt hat. Da sind Gegensätze, die unüberbrückbar sind und die zu überkleistern keinen Zweck hätte. Dieser Kampf zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung hat keinen lokalen Charakter, sondern erfüllt den ganzen Erdenrund und reift der Entscheidungsschlacht entgegen. Das hohe Niveau der Debatte hat erwiesen, dass es jedoch trotz aller Gegensätze der Weltanschauung möglich ist, ruhig und sachlich die Dinge zu prüfen und die Bemängelungen in würdiger Form frei von persönlichen Angriffen vorzubringen. Mit Befriedigung ist zu verzeichnen, dass in einem Augenblicke, der tatsächlich die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert,

wir der Bevölkerung und dem Auslande kein niedriges Schauspiel geboten haben, sondern dass der Eindruck vorhanden ist, dass alle Parteien sich zusammenfinden, in dem nicht nieder zu ringenden Willen: Möge man uns aufzuerlegen sachen, was immer es ~~is~~ ^{ist} dennoch der Wille vorhanden, diese schöne und glänzende Stadt wieder zu einer guten und lebenswerten Zukunft zu führen. In diesem Sinne bitte ich in die Spezialdebatte einzugehen, (Lebhafter Beifall auf der linken Seite).

Hierauf wird zur Abstimmung über Gruppe 1 und 2 geschritten.

Die Gruppen werden nach den Anträgen des Referenten angenommen.

Die hierzu eingebrachten Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen u. zw.:

GR. Weber: Ausgiebige Besteuerung der Nacht- und Vergnügungslokale, Besteuerung der Auto, Equipagen- und Luxuspferde, Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 50 Kronen für Luxushunde, Einführung einer Billardsteuer.

GR. Waldmann: Definitive Anstellung der weiblichen Kanzleihilfskräfte des Magistrates und der Unternehmungen und entsprechende Gruppeneinteilung

GR. Linder: Einführung der Billardsteuer.

Hierauf wurde zur Beratung der Gruppe 3 (Gemeindevermögen) geschritten.

GR. Grolik beantragte eine Revision der städtischen Pachtverträge unter Beiziehung der Bezirksvertretungen.

GR. Reisinger verlangt eine Revision der städtischen Pachtverträge und eine entsprechende Erhöhung der Pachtsummen, insbesondere beim Pachtvertrag Cobenzl.

GR. Kernaer ersucht, im Amtsgebäude des 18. Bezirkes für den Bezirksvorsteher eine Kanzlei zu errichten, das Amtsgebäude zu renovieren und das elektrische Licht einzuleiten.

GR. Dr. Blasauer wünscht die Erhöhung des Forstdienstschutzes in dem im Gemeindegebiet Wien liegenden Wäldern, die insbesondere an der Peripherie weitesten Schutzes bedürfen. Ferner die Errichtung von Sitzgelegenheiten und von Schutzhütten gegen Unwetter.

GR. Paulitschke wünscht die Errichtung einer Schule im 6. Bezirk und insbesondere das Wirken der Gemeindevertretung dahin, dass endlich alle vom Militär belegten Schulen frei werden.

GR. Körber regt die Erbauung einer Strassenbahnlinie durch die Engerthstrasse im 2. Bezirk an.

GR. Kurz beantragt die Herstellung einer Strassenbahnlinie von Speising nach Hütteldorf und von dort nach Breitensee. Ferner wünscht er die Führung der Linie 10 zur Schleife der Linie 63.

GR. Rotter setzt sich für die Verdichtung des Verkehrs des Strassenbahn durch die Lerchenfelderstrasse und Josefstädterstrasse ein und wünscht einen besseren Verkehr der Linie 15.

GR. Hoss beantragt den Bau einer Strassenbahn nach Strebersdorf und regt die Elektrifizierung der Strecke Kagran - Gross Enzersdorf an.

GR. Haider urgirt seinen Antrag über die Koalitionsfreiheit der Strassenbahner. Er teilt mit, dass dem Strassenbahnbediensteten des Döblinger Friedhofes, wenn sie nicht dem Handels- und Transportarbeiterverband beitreten, die Versetzung nach Kagran angedroht wurde.

GR. Körber beantragt, die Erbauung einer Strassenbahnlinie von der Ausstellungsstrasse durch die Engerthstrasse zu den Schiffsmühlen.

GR. Kurz beantragt die Führung von Querlinien durch den 13. Bezirk und zwar ~~nach~~ von Hütteldorf nach Lainz und von Unter St. Veit nach Breitensee.

GR. Dr. Plaschkes beantragt, die Weiterführung der Linie 31 von der Augartenbrücke durch die Stefaniestrasse in die Gegend des Werd und die Führung des „N“ Wagens über die Stefaniebrücke durch die Leopoldgasse zur Augartenstrasse.

GR. Reininger beantragt den Bau einer Strassenbahnlinie vom Schottenring über die Elisabethpromenade zur Brigittabrücke, die Abschaffung der Buchstabenbezeichnung der Strassenbahnwagen und Einführung fortlaufender Nummern und schliesslich die Einführung einheitlicher Strassenbahnfahrtscheine durch ausschliessliche Ausgabe von Umsteigekarten.

GR. Marie Wielsch beantragt den Bau einer Strassenbahnlinie durch die Schüttelstrasse vom Stadtbahnviadukt bis zur Sophienbrücke und die Aufstellung eines Wartehäuschens bei der Endstation der Linie H Schüttelstrasse - Friedensgasse.

GR. Huber beantragt die Fortführung der Linie 10 durch die Sandleithengasse und Güpferlinggasse zum Anschluss an die Dürnbacherstrasse.

GR. Kopřiva beantragt den Ausbau der Linie 67 geradeaus von der Favoritenstrasse zum Gürtel und regt an, dass endlich daran gegangen wird, die Linie 15 und 6 entsprechend den Wünschen der Bevölkerung geführt werden.

GR. Schmölzer beantragt die Linie „43“ der Strassenbahn bis zur „6“ Linie zu führen.

GR. Karasek verlangt den Bau von ordentlichen Unterkünften von Landwirtschaftsarbeitern in Leopoldau und ersucht diesen die Nachzahlung auf den Anschaffungspreis und die Teuerungszulagen ehestens zu bewilligen.

Gruppe 4 (Gemeindegeld)

wird ohne Debatte angenommen.

Gruppe 5 (Sicherheitswesen)

GR. Rotter verlangt die Ausweisung der fremden Elemente aus Russland und Ungarn, die sich hier als Provokateure herumtreiben.

Frau GR. Marie Wielsch bittet um die Entfernung der Gebäudereste des ehemaligen Polizeikommissariats Leopoldstadt aus sanitären und Sicherheitsgründen.

GR. Schön ersucht den Bürgermeister zu veranlassen, umgehend die nötigen Schritte zu tun, dass die Beitragsleistungen seitens der Feuerversicherungen für den Feuerschutz erhöht werden; ferner trat er für die Kommunalisierung der freiwilligen Feuerwehren und für deren Automobilisierung ein und verlangte für die Hernalser Feuerwehr fassende mit den Stallungen zusammenhängende Lokalitäten.

GR. Müller (III) wendet sich ebenfalls gegen die freiwilligen Feuerwehren und verlangte, dass die hierfür aufgewendeten Kosten für andere und bessere Zwecke verwendet werden, da die freiwilligen Feuerwehren nicht mehr für diese Zeit hinreichend wären.

GR. Grünbeck anerkennt die Tüchtigkeit der freiwilligen Feuerwehren.

Gruppe 6 (Öffentliche Arbeiten)

GR. Johann Witzmann wünscht die Pflasterung des Strassenzuges vor dem Westbahnhof von der Pelzgasse bis zur Haakengasse.

GR. Hedorfer beantragt die Abänderung des Vertrages der Gemeinde Wien mit dem Landesausschusse wegen Erhöhung der Abgaben für die Gemeinde auf das Doppelte für die elektrische Lokalbahn Wien - Pressburg; weiters beantragt er, die Umsteigkarten der Strassenbahn auch auf der Lokalbahn bis zur Haltestelle Kaiserebersdorf gelten zu lassen.

GR. Paulitschke regt die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Windmühlgasse an.

GR. Hammerachmid wünscht die teilweise Pflasterung der Engerth- und der Stromtrasse.

GR. Schmölzner verlangt die Pflasterung des Strassenzuges von den Elektrizitätswerken bis zur Donaulände.

GR. Körber wünscht den Ausbau einzelner Strassen in der Kriem


GR. Marie Wielsch stellt den Antrag: Zur ehesten Lösung der mit dem Augarten und seiner Durchquerung im Zusammenhang stehenden Strassenfrage ist eine Kommission einzusetzen, welche ehestens Vorschläge zu erstatten hat.

GR. Rudolf Müller (L7) beantragt: Die unter dem Strassen-niveau auszuführenden Arbeiten sollen möglichst aufeinanderfolgend ausgeführt und erst dann die Pflasterungen mit gutem Unterbau vorgenommen werden.

GR. Suchanek beantragt, dass der sogenannte Paulinensteig ehestens zu einem Promenadeweg ausgebaut wird.

Demit ist die Post 1 (Pflasterungen) erledigt.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.



weil ich erfahren konnte, ausser zu seiner konstituierenden Sitzung niemals mehr zu einer Beratung gerufen wurde. Bei diesem Bezirkswirtschaftsamt würden Sie vergeblich nach einer Verfassung suchen und es ist auch heute, leider noch nichts derartiges vorhanden. Während ein Vorschuss eines Gasarbeiters von 50 K vom Gemeinderate bewilligt werden muss, bedurfte es bei Geschäften, die das Bezirkswirtschaftsamt abgeschlossen hat, und die in die Millionen gegangen sind, weder der Zustimmung des Stadtrates, noch des Gemeinderates überhaupt von niemandem. Es waren Geschäfte darunter, die der Gemeinde und auch der Bevölkerung unglaublich grossen Schaden zugefügt haben, ganz abgesehen davon, wie die Qualität dieser Ware beschaffen war. Das Bezirkswirtschaftsamt wurde beauftragt, per 30. Juni l. J. eine Inventur aller Warenbestände aufzunehmen, um endgültig feststellen zu können, wie dieses Bezirkswirtschaftsamt in seiner Gänze gearbeitet hat.

Die Schäden und Missverhältnisse der staatlichen Zentralen haben die Herren der früheren Majorität genau gekannt. Aber die Zustände in eigenen Wirtschaftsämtern, der grössten Zentrale, fanden keine Kritik, sondern nur Anklage. (Zwischenruf der Christli Sozialen: Fragen Sie die Bäcker!) Dem Wirtschaftsamt fehlt alles, was eine solche Stelle haben muss. Sie hatte keine Kaufleute, sondern in ihr sassden Herren vom Magistrat, die dort mit allen möglichen Dingen beschäftigt waren. Ich will nicht diese Herren beschuldigen, sondern das Regime. Diese Zentrale hatte keine selbstständige Rechnungslegung, keine selbstständige Buchführung, keine selbstständige Kasse, kurzum nichts, was sie berechtigt hätte, Millionenengeschäfte zu machen. Das alles fand bei den Herren, die gegen die Zentralen gewettert haben, keinen Anstoss. Die Konsumenten haben unter der Wirtschaft dieser Zentrale genug gelitten. Ich will nur darauf verweisen, dass Sie für ihre Mitglieder wöchentlich 2 höchstens 3 Waggons Mehl bekamen, während sie nach der Rayonierung von der staatlichen Zentrale wöchentlich 11 bis 12 $\frac{1}{2}$ Waggons bekamen. Es wurde auch gesagt, dass es notwendig scheine, dass die Gemeinde Wien eine Ausgleichsstelle zwischen den Differenzen im Kreise schaffe. Wenn man das machen wollte, so müsste man einen grossen Prozentsatz der Kaufleute aus ihren Geschäften beiseitigen. In dieser Saale ist auch wiederholt darauf verwiesen worden, dass der gewesene Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich alle Mühe gegeben hat, Alles zu tun, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Es muss aber zugleich gesagt werden, dass hierdurch sehr viel Schaden für den allgemeinen Konsum ver-

ursacht wurde. Die ~~KINKINKINK~~ Einkäufer, die mit Vollmachten in aller Herren Länder geschickt wurden, haben mitunter ohne zwingenden Grund die Höchstpreise vielfach überboten, so dass sie, wenn nicht hinter ihnen die Gemeinde Wien gestanden wäre, sicherlich nicht ohne Strafe davorgekommen wären. Die frühere Gemeinderatsmajorität habe leider der Approvisionnement der städtischen Bevölkerung nicht das erforderliche Augenmerk zugewendet. Sie hat nichts getan, um organisatorische und technische Einrichtungen für die Milchversorgung zu schaffen, sie hat die Fleischversorgung nicht in richtiger Weise gelöst, auch die Broterzeugung, sowie die gesamte Milchindustrie, die Felschensrettung, die Wurstwarenerzeugung und der Kohlenhandel müssen kommunalisiert werden. Es stehen unserer Mehrheit grosse Aufgaben bevor und ich hoffe, dass die Herren der früheren Majorität uns behilflich sein werden, um wenigstens einen Teil ihrer Sünden gut zu machen. Auch das Bezirkswirtschaftsamt muss ausgestaltet werden zu einer grossen kaufmännisch geleiteten Zentrale. Dann wird es leichter sein, die Approvisionnement Wiens durchzuführen, als es bisher der Fall war.

Die Verhandlungen werden hierauf unterbrochen.